

Redebeitrag von Herrn Melzig (CDU) in der Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 08.12.15 zu TOP 2.2 - "Unterbringung von Flüchtlingen in Leverkusen-Opladen am Standort "Zur alten Fabrik"

Folgendes würde ich gerne zu Protokoll geben:

Den vorliegenden Beschlussentwurf seitens der Verwaltung lehne ich klar und deutlich ab.

Eine Unterbringung von bis zu 800 Flüchtlingen halte ich an dortiger Stelle für unangemessen hoch und völlig überzogen.

Die Unterbringungszahl von 800 Flüchtlingen auf dem Gelände übersteigt jegliches, sinnvolles und vor allem überlegtes Maß.

Auch die Anmietung von einer Dauer von 10 Jahren kann ich nicht mittragen. Die Nutzungsdauer halte ich über diesen Zeitraum für zu lang, da man heute eine Entwicklung des Flüchtlingsstroms für die nächsten Jahre nicht vorhersagen kann.

Finanziell profitieren wird hier jedenfalls nur der Investor, der sich mit diesem Rundum-Sorglos-Paket eine goldene Nase verdienen wird, wenn dieser Vorlage zugestimmt wird.

Das Gelände ist zudem als Gewerbegebiet ausgelegt. Stimmen wir dort außerdem einer Wohnbebauung zu, verliert die Stadt Gewerbeflächen.

Wenn dies Schule macht, frage ich mich, was als Nächstes belegt wird. Für 2016 wird es nach ersten Prognosen ja einen ähnlichen Zustrom nach Leverkusen geben.

Ich stelle hiermit folgenden Änderungsantrag über den ich abstimmen lassen möchte:

Ich schlage eine Unterbringung von maximalen 200 Flüchtlingen - ohne Aufstockungsmöglichkeit - vor. Die Bebauung erfolgt ausschließlich mit Containern, die solange genutzt werden, wie Bedarf besteht.

Nach der Belegung mit Flüchtlingen werden die Container umgehend wieder abgebaut.

Gerne möchte ich außerdem noch etwas in eigener Sache sagen:

In diesem Fall distanzieren sich von Beginn an von einigen, wenigen Personen in der Stadtverwaltung, die mit der Ausarbeitung dieser Vorlage zu tun haben.

Bürgerinnen und Bürger sowie die unmittelbar betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner erfahren über die Medien von der Vorlage und des Beschlusses im Bauausschuss vorvergangene Woche.

Anstatt vorab, und sei es noch so dringlich, gemeinsam mit den Bürgern die dortige Situation zu diskutieren und Überlegungen vorzustellen, soll jetzt "mal schnell" über den Kopf der Menschen die Politik entscheiden, ohne die Betroffenen überhaupt anzuhören.

Das sind für mich unüberlegte Schnellschüsse vor allem bei einer solchen Dimension an Flüchtlingen und sorgen bei diesem sowieso heiklen Themen für noch mehr Zündstoff in der Bevölkerung (siehe Leserbrief). Transparenz in den Stadtteilen sieht so jedenfalls nicht aus.

Über den möglichen Bürgerwillen wird sich hinweggesetzt und Politiker und Bürger werden damit auseinanderdividiert bzw. gegeneinander ausgespielt.

Den verständlichen Unmut aus der Bevölkerung spürt dann die Politik und die aus Not zu uns kommenden Flüchtlinge.

Die Politik braucht sich bei einem solchen Vorgehen bei Wahlen auch nicht mehr über die mangelnde Beteiligung der Wähler wundern, die sich getäuscht und bevormundet fühlen und die, weil sie nicht gehört werden, dann eigene Bürgerinitiativen gründen.

So jedenfalls, schaffen wir das nicht!

Sollte der vorgeschlagene Antrag abgelehnt werden, bitte ich dann zu beachten, dass bei einer möglichen, späteren Wohnbebauung-/nutzung die Parkplatzsituation und Parkplatznot in die Planungen an dortiger Stelle mit einbezogen werden.